

**Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik: Gemeinsame Mitteilung an den Europäischen Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Eine Partnerschaft mit dem Südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand.** Brüssel, 08. März 2011.

Zunächst springt eines ins Auge: Der Bericht beginnt damit, dass 30 Millionen Euro für die Menschen in Libyen und für die Flüchtlinge an der tunesischen und ägyptischen Grenze bereitgestellt wurden, damit sich die Flüchtlingsströme nach Europa nicht auf den Maghreb und die Länder südlich der Sahara ausweiten. „Zur Stärkung der kurzfristigen Maßnahmen wäre ebenfalls die Nutzung der Instrumente der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) denkbar“, heißt es vielsagend weiter.

Vom Barcelona-Prozess und von der Union für den Mittelmeerraum will man sich nicht ganz verabschieden, obwohl sich die dort formulierten Ziele nur insofern von dem aktuellen Bericht unterscheiden, dass die Dringlichkeiten gewachsen sind. Erst die arabischen Umbrüche seien zum „Wendepunkt“ für die europäische Nachbarschaftspolitik geworden, um die Antworten „gezielter, innovativer und ehrgeiziger“ ausfallen zu lassen „und den Bedürfnissen der Menschen und den derzeitigen Gegebenheiten vor Ort Rechnung (zu) tragen“. Ihnen wird freilich der Weg „eines Katalogs von Mindestanforderungen“ vorgegeben.

Mit diesen Voraussetzungen deutet sich eine neue Runde europazentrierter Bevormundungen an, wo doch der Primat der (arabischen) Volkssouveränität als unstrittig gilt. Bestand das vorrangige Interesse bislang an offenen Märkten für die Ausfuhr hochwertiger Waren bei gleichzeitigem Protektionismus gegenüber der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte, so wird jetzt „eine klare und strategische Option“ von „Grundsätzen und Werten“ angekündigt: Die Partnerschaft müsse „auf konkreten Fortschritten“

in den Bereichen Demokratie, Menschenrechten, sozialer Gerechtigkeit und guter Regierungsführung beruhen.

Wer sich vor Ort auskennt, kommt am Eindruck nicht vorbei, dass zügig vorzeigbare Ergebnisse – das Credo aller Politik – ausbleiben werden. Wer auf „schnellere und ehrgeizigere politische und wirtschaftliche Reformen“ abstellt, programmiert die eigene Enttäuschung vor. Da sich Europa nach dem Abtreten Hosni Mubaraks in Ägypten erneut auf die alten Eliten um den Obersten Militärrat, auf die Sicherheitsapparate und die Nationaldemokratische Partei verwiesen sieht, wird sich die in den Kinderschuhen steckende „starke Zivilgesellschaft“ schwertun, die eingeforderten Erwartungen zu erfüllen. Die Ausgangslage für die politische Zukunft Libyens ist noch verworrener.

#### Bemerkenswerte Enthaltensamkeiten

Erstaunlicherweise bleiben die religiösen Konflikte, die aufgrund der Verteidigung des Verfassungsrangs der Sharia als primärer Rechtsquelle, und zwar unabhängig von Interpretationsspielräumen, fort dauern werden, sowie die dramatischen Bildungs- und Berufsbildungsrückstände und die beinahe konterrevolutionären Bestrebungen aus Saudi-Arabien – dem anderwärts vielgelobten strategischen Partner – unerwähnt. Schwer wiegt auch der Verzicht auf ein Wort zur kläglichen Rolle der Arabischen Liga als Apparat zur Austarierung zwischenstaatlicher Rivalitäten. Dass bei der Vorlage des Berichts auf den Wahlkampf in Tunesien zum 23. Oktober, bei dem die Verteilung von Wohltaten und Geschenken im Vordergrund standen, kein Bezug genommen werden konnte, unterstreicht einmal mehr die experimentellen Ansätze der Brüsseler Ausführungen.

Enthaltensamkeiten wie diese werden sich durch das Füllhorn der „Förderung einer inklusiven wirtschaftlichen Entwicklung“ und durch die „Optimierung der Wirkung von Handel und Investitionen“ nicht

wettmachen lassen. Das innereuropäische Versäumnis, die ökonomische Verzahnung und die händeringende Suche nach einer Fiskalunion mit einer politischen Union zu verbinden, wird gleichsam als Auftrag in den südlichen Mittelmeerraum weitergereicht durch die Benennung einer schwer durchschaubaren Vielzahl von Absichten und Wünschen, die bis zur „Energieversorgungssicherheit“ Europas reichen.

Geradezu rührend muten die Hoffnungen an, dass die Partnerschaft „den Weg für weitere Fortschritte im Nahost-Friedensprozess ... ebnen“ werde – wollte doch gerade erst die Bundesregierung übersehen, dass der Gefangenenaustausch um Gilad Shalit die Chancen für ernsthafte Verhandlungen nicht vermehrt hat. So gab „Haaretz“ dem Bericht aus New York den vielsagenden Titel „ Hamas ja und Abu Mazen nein?“. Auch ohne die volle Funktionstüchtigkeit des Europäischen Auswärtigen Dienstes sollten die Erfahrungen ausreichen, keinen politischen Optimismus zu verbreiten, es sei denn die Schalter würden umgelegt. Wer es mit der Staatsräson zugunsten Israels ernst meint, darf die Politräson nicht außer acht lassen. Ansonsten bleibt es bei der stereotypen Wiederholung anstehender „Herausforderungen“.

*Reiner Bernstein*

20.10.2011

.....